

Jahresbericht 2007



Bundesvereinigung
Prävention und
Gesundheitsförderung e.V.

Die Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. (BVPG) wird institutionell gefördert vom Bundesministerium für Gesundheit.

Inhalt

Vorwort	3
I. Jahresbericht 2007	
1. Fusion Deutsches Forum Prävention und Gesundheitsförderung/Bundesvereinigung für Gesundheit e.V.	4
2. Gremienarbeit	6 - 10
<ul style="list-style-type: none">• Mitgliederversammlungen• Vorstand• Kooperationstreffen mit den Landesvereinigungen• Beratende Kommission der Spitzenverbände der Gesetzlichen Krankenversicherung zur Umsetzung des § 20 SGB V• Ständiger Koordinierungsausschuss der BZgA• Arbeitsstab und Aktionskreis zum „Tag der Zahngesundheit“• Steuerungsgremium des Aktionsbündnisses Nichtraucher	
3. Projekte	10 - 14
<ul style="list-style-type: none">• 3. Präventionskongress des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung• Geschäftsstelle des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung• Leitfaden: Rauchfrei im Krankenhaus• Vorbereitung und Durchführung eines Workshops „Initiative zur Förderung des Nichtrauchens in kleinen und mittleren Unternehmen“• Weltgesundheitstag 2007• Wissenstransfer zum rauchfreien Krankenhaus	
II. Jahresplanung 2008	
1. Jahresarbeitsprogramm	15
2. Projekte	15 - 16
<ul style="list-style-type: none">• Weltgesundheitstag 2008• Wettbewerb „Unser Betrieb macht rauchfrei!“ zur Förderung des Nichtrauchens in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)	
III. Anhang	
1. Mitglieder 2007	17
2. Geschäftsstelle und Projektmitarbeiter/innen 2007	19

Vorwort

Auch im Jahr 2007 hat die Bundesvereinigung für Gesundheit e.V. (BfGe) – auf Beschluss der Mitgliederversammlung vom 25. April 2007 nunmehr umbenannt in Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. (BVPg) – auf der Grundlage ihrer alten und neuen Satzung und im Rahmen ihrer entsprechenden Arbeitsaufgaben intensiv und erfolgreich an der fachlichen und strukturellen Weiterentwicklung von „Gesundheitsförderung und Prävention“ in Deutschland mitgewirkt.

Die bereits in 2006 sorgfältig geplante und gut vorbereitete Fusion mit dem Deutschen Forum Prävention und Gesundheitsförderung (DFPG) wurde am 21. November 2007 in einer gemeinsamen Fusionsveranstaltung in Berlin vollzogen.

In der ebenfalls an diesem Tag durchgeführten außerordentlichen Mitgliederversammlung der BVPg wurden die Schwerpunkte der Arbeit für 2008-2010 vorgestellt und das mit dem Bundesministerium für Gesundheit abgestimmte Jahresarbeitsprogramm 2008 verabschiedet.

Nach Bekanntwerden diverser „Eckpunkte“ zum geplanten Präventionsgesetz im Herbst 2007 legte das Bundesministerium für Gesundheit schließlich am 23. November 2007 einen „Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und gesundheitlicher Prävention“ vor, zu dem auch die Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung schriftlich Stellung nahm. Im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsprozesses konnte jedoch keine Einigung zwischen den Koalitionspartnern SPD und CDU/CSU erzielt werden, sodass die Weiterentwicklung dieses Vorhabens auf das Jahr 2008 verschoben wurde.

Gemeinsam mit den Landesvereinigungen für Gesundheitsförderung und über die drei Arbeitsgruppen des DFPG, die seit der Fusionsveranstaltung integraler Bestandteil der BVPg geworden sind, wurde des Weiteren die Arbeit an den Präventions- und Gesundheitsförderungszielen vorangetrieben – hieran wie an vielen anderen Beispielen aus der Arbeit der BVPg konnten auch im Jahr 2007 wieder die Notwendigkeit und der Erfolg der alltäglichen Netzwerkarbeit in ihren Facetten „Informations- und Erfahrungsaustausch“, „Beratung/Unterstützung“, „Strategieplanung“ und „Erfolgskontrolle“ bekräftigt werden.

Die Kommunikation mit den Mitgliedern und weiteren Kooperationspartnern sowie die Information über die BVPg erfolgte – wie in den Vorjahren – vorwiegend auf schriftlichem und auf telefonischem Wege sowie durch den Kommunikationsweg „E-Mail“. Darüber hinaus fanden zahlreiche persönliche Treffen und Besprechungen mit der Geschäftsführung statt – ferner gab es zusätzliche Arbeitsgruppen- oder Gremiensitzungen sowie Teilnahmen an Fach- oder gesundheitspolitischen Tagungen, Workshops, Versammlungen und Kongressen, von denen im Jahr 2007 insbesondere die in Badenweiler vom 25. bis 27. Februar im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft durchgeführte Konferenz „Gesundheitliche Prävention. Ernährung und Bewegung – Schlüssel für mehr Lebensqualität“ hervorzuheben ist.

Auch in 2007 blieben die personelle und die räumliche Situation der BVPg im institutionellen Bereich konstant. Im Projektbereich standen durch die Fortführung des Projektes „Geschäftsstelle des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung“ bis 31.12.2007 sowie des Projektes „Rauchfreies Krankenhaus“ eine ganze

und fünf halbe Stellen sowie eine studentische Hilfskraft zusätzlich zur Verfügung – zzgl. der Vergabe von Aufträgen an externe Dienstleister.

Die finanzielle Situation der Bundesvereinigung ist im Jahresabschluss 2007 detailliert aufgeführt. Auch im vergangenen Jahr konnten die Einnahmen von 280.885 € im institutionellen Bereich durch Projekt- und Fördergelder in Höhe von 403.656,18 € auf Gesamteinnahmen in Höhe von insgesamt 684.541,18 € gesteigert werden.

Das Bundesministerium für Gesundheit förderte in 2007 die folgenden Projekte der BVPG:

- Präventionskongress des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung
- Geschäftsstelle des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung
- Weltgesundheitstag 2007

Insbesondere in diesen Projekt-Zusammenhängen, aber auch bezogen auf andere Themen und Arbeitsschwerpunkte, gab es zahlreiche Abstimmungsgespräche und Besprechungen zwischen dem BMG (Referat 333) und der BVPG. Zu weiteren Referaten innerhalb der „Unterabteilung Prävention“ sowie in anderen Abteilungen des BMG gab es, wie in den Vorjahren, ebenfalls diverse Kontakte.

Über den vom Bundesministerium für Gesundheit institutionell oder projektbezogen geförderten Bereich hinaus konnten auch in 2007 durch freiwillig erhöhte Beitragszahlungen, zweckgebundene Zuwendungen, Projekt-Fördermittel und Spenden weitere Aktionen, Maßnahmen, Aufgaben und/oder Arbeitsbereiche in Angriff genommen und zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden. Die BVPG dankt deshalb an dieser Stelle wieder allen Mitgliedsorganisationen, Sponsoren, Spendern sowie dem Förderverein der Bundesvereinigung für Gesundheit e.V. für diese Unterstützung.

I. Jahresbericht 2007

1. Fusion Deutsches Forum Prävention und Gesundheitsförderung/Bundesvereinigung für Gesundheit e.V.

Als die Bundesvereinigung für Gesundheit e.V. (BfGe) im Juli 2005 durch das BMG mit der Übernahme der Geschäftsstelle des Deutschen Forums betraut wurde, gehörten die Analyse der Einbindung des DFPG in die veränderten Strukturen, die Ermittlung von Potenzialen zur institutionellen Weiterentwicklung des DFPG sowie das Herausarbeiten möglicher Synergien am Beispiel der Zusammenarbeit zwischen BfGe und DFPG zu den vorrangigen Aufgaben. Zum Zeitpunkt der Projektplanung war man davon ausgegangen, dass das DFPG sich in einer eigenen Rechtsform verstetigen und durch vom Präventionsgesetz definierte Aufgaben geprägt werden würde. Nachdem das Präventionsgesetz aber in der letzten Legislaturperiode der Diskontinuität anheim fiel, musste unter völlig neuen Voraussetzungen nach anderen Perspektiven für das DFPG und seine Weiterentwicklung gesucht werden. Dies herauszuarbeiten und die Vorstellungen der Mitgliedsorganisationen diesbezüglich zu sondieren, wurde zur Aufgabe der neuen Geschäftsstellen-Leitung. Die Koordinierungsgruppe des DFPG hatte Anfang Juni 2005 einen entsprechenden Beschluss gefasst.

In der zweiten Jahreshälfte 2005 wurden deshalb 25 Mitgliedsorganisationen in persönlichen Gesprächen zu ihren Perspektiv-Vorstellungen befragt, weitere zahlreiche Gespräche mit Mitgliedsorganisationen fanden telefonisch in dieser Angelegenheit statt. Ergebnis war, dass die Mehrheit der Mitgliedsorganisationen auch unter den veränderten Voraussetzungen weiter an der Idee einer strukturellen Verfestigung der Prävention in Deutschland festhalten wollte. In dieser Situation bot sich die Prüfung einer Fusion von DFPG und BfGe an. Das BMG beauftragte die BfGe im Rahmen des Projektes „Geschäftsstelle DFPG“ mit der Erarbeitung eines entsprechenden Konzeptes, das von der Koordinierungsgruppe nachhaltig unterstützt wurde.

Im Laufe des Jahres 2007 schufen beide Partner dann die erforderlichen organisatorischen Voraussetzungen für ihr Zusammengehen: Die Arbeitsgruppe 4 – und auf dieser Basis die Koordinierungsgruppe – befasste sich intensiv mit Satzungsfragen; die BfGe überarbeitete ihre Satzung entsprechend. Auf einer Mitgliederversammlung der BfGe am 25. April 2007 wurde die gemeinsam erarbeitete Neufassung der Satzung verabschiedet. Auf diese Weise wurde der Weg frei für die Fusion, die aus rechtlichen Gründen durch den Beitritt der Mitglieder des Deutschen Forums in die „neue“ Bundesvereinigung erfolgte. Auf der vorgenannten Mitgliederversammlung im April erfolgte auch die Umbenennung in „Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. (BVPG)“. Damit sind in der neuen Bezeichnung Namensbestandteile beider Fusionspartner enthalten.

In dieser Mitgliederversammlung wurde weiterhin beschlossen, die Arbeitsgruppen „Gesunde Kindergärten und Schulen“, „Betriebliche Gesundheitsförderung“ und „Gesund altern“ in der BVPG fortzuführen.

Mit der Fusion am 21. November 2007 können DFPG und BVPG gleichermaßen auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken.

- Die Zahl der Organisationen und Institutionen, die dauerhaft an der gemeinsamen Weiterentwicklung von Prävention und Gesundheitsförderung auf Bundesebene mitarbeiten, hat sich erheblich erhöht;
- die Verfestigung der Strukturen, eines der zentralen Gründungsanliegen des DFPG, wurde mit der Fusion von DFPG und der Bundesvereinigung erreicht;
- unter den Akteurinnen und Akteuren herrscht ein breiter Konsens darüber, die eigenen Maßnahmen an gemeinsamen Präventionszielen auszurichten. Es ist gelungen, in allen Handlungsfeldern des DFPG eine zielorientierte Zusammenarbeit zu etablieren, die nun von der BVPG weitergeführt werden kann.

Damit ist eine zukunftsfähige Basis für eine kontinuierliche Fortsetzung der Arbeit in der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. geschaffen.

2. Gremienarbeit

Mitgliederversammlungen

Im Berichtszeitraum fanden zwei Mitgliederversammlungen statt:

am 25. April 2007 in Frankfurt/Main und

am 21. November 2007 – außerordentliche Mitgliederversammlung – in Berlin.

Vorstand

Um ein deutliches Zeichen zu geben, dass mit der Fusion eine neue Phase der Arbeit der Bundesvereinigung beginnt, trat der Vorstand der BVPG zur außerordentlichen Mitgliederversammlung am 21. November 2007 zurück und ermöglichte damit vorzeitige Neuwahlen zum Vorstand der BVPG. Durch die am 25. April 2007 bereits vorgenommene Satzungsänderung wurde die Zusammensetzung des Vorstands geändert, so dass nunmehr auch zwei Beisitzerinnen-/Beisitzer-Funktionen mehr zur Wahl standen.

Der neue Vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

- Frau Kühn-Mengel MdB, Präsidentin,
- Frau Dr. Engelbrecht (Bundesärztekammer), Vizepräsidentin,
- Herr Dr. Gerdemann (VdAK/AEV), Vizepräsident,
- Herr Nachtigäller (BAG Selbsthilfe), Schatzmeister,
- Herr Altgeld (Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen), Beisitzer,
- Frau Prof. Dr. Maschewsky-Schneider (Berlin School of Public Health), Beisitzerin,
- Herr Prof. Dr. Dr. Banzer (DOSB), Beisitzer,
- Herr Dr. Etgeton (vzbv), Beisitzer,
- Frau Prof. Dr. Kuhlmei (Charité), Beisitzerin,
- Herr Lettau (Hamburg), Beisitzer,
- Frau Arenz (DPWV Gesamtverband), Beisitzerin.

Im Jahr 2007 fanden drei Vorstandssitzungen und zwei Telefonkonferenzen des Vorstands statt:

- am 08. Februar 2007 in Siegburg,
- am 25. April 2007 in Frankfurt/Main,
- am 27. August 2007 (Telefonkonferenz),
- am 06. November 2007 (Telefonkonferenz) und
- am 12. Dezember in Berlin.

Kassenprüfer

Die Rechnungsprüfung wurde am 28.02.2007 durchgeführt von Dieter Roskosch, Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V., und Karl Peter Wetzlar, Verband der Angestellten-Krankenkassen e.V./Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e.V.

Kooperationstreffen mit den Landesvereinigungen

Zur Abstimmung der geplanten und laufenden Aktivitäten im Bereich „Prävention und Gesundheitsförderung“ auf der Bundes- wie auf der Länderebene werden regelmäßige Kooperationstreffen zwischen den Landesvereinigungen und der BVPG – regelmäßig auch mit Beteiligung der BZgA – durchgeführt.

Die Zusammenarbeit zwischen den Landesvereinigungen und der BVPG besteht zunächst im Informationsaustausch über gesundheitspolitische Fragen in Bund und Ländern, im Erfahrungsaustausch über laufende eigene oder externe Projektvorhaben sowie über die jeweilige Umsetzung des § 20 SGB V vor Ort, im Vereinbaren gemeinsamer Arbeitsschwerpunkte sowie z.T. auch gemeinsamer Informations-, Aufklärungs- oder sonstiger Veröffentlichungstätigkeit.

Mit Bezug auf bundesweite Kongresse, Tagungen oder Workshops wird – wenn sinnvoll und möglich – arbeitsteilig bzw. komplementär eine entsprechende Beteiligung verabredet.

In 2007 wurden drei Treffen organisiert.

Um das Thema „Gesundheitsziele/Präventionsziele“ ging es in einem Kolloquium der Landesvereinigungen für Gesundheitsförderung und der BVPG am 01. Februar 2007 in Berlin. Die beiden jährlichen Kooperationstreffen fanden vom 20. bis 22. Mai in Hannover und am 26. September in Berlin statt.

Weitere Besprechungen, Sitzungen und Tagungen erfolgten im Rahmen des gemeinsamen Projektes der BZgA, des BKK-Bundesverbandes, der Landesvereinigungen, der BVPG und zahlreicher weiterer Partner, dem Projekt „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“.

Dieses Projekt stützt sich auf drei Module: eine Online-Datenbank, eine kumulative Zusammenstellung von Good Practice-Modellen und zahlreiche Beratungs- und Vernetzungsstellen („Regionale Knoten“), die mittlerweile in jedem Bundesland verfügbar sind. Alle Informationen zu diesem Modellverbund finden sich unter www.gesundheitliche-chancengleichheit.de.

Beratende Kommission der Spitzenverbände der Gesetzlichen Krankenversicherung zur Umsetzung des § 20 SGB V

Im Jahr 2007 gab es zwei Experten-Workshops der Spitzenverbände der Gesetzlichen Krankenkassen mit Bezug auf den § 20 SGB V: am 06. Februar zum Thema „Prävention und Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen und im Setting Familie“ sowie am 29. Oktober zum Thema „Ernährung“.

Am 14. September 2007 fand die 12. Sitzung der „Beratenden Kommission der Spitzenverbände der Krankenkassen für Primärprävention und Gesundheitsförderung“ statt, die zur erneuten Weiterentwicklung des „Leitfadens“ führte und erste Evaluationsergebnisse zum Projekt „Gesundheitswirkungen von Prävention“ vorstellte.

Ständiger Koordinierungsausschuss der BZgA

Zur Ermöglichung eines regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausches über Belange der gesundheitlichen Aufklärung – insbesondere bezogen auf die Zielgruppe „Kinder und Jugendliche“ – hat die dem BMG nachgeordnete Behörde BZgA 1998 diesen Ausschuss ins Leben gerufen.

Vertreter der BZgA, des Robert Koch-Institutes, der Bundesländer, der Ärzteschaft, der Apotheker, der Krankenkassen und der nicht-staatlichen Initiativen (vertreten durch die BVPG) kommen unter Beteiligung des BMG mindestens zweimal jährlich zusammen (in 2007 am 06.03., am 26.07. und am 16.10.), um das Jahresarbeitsprogramm der BZgA im Zusammenhang der eigenen entsprechenden laufenden oder geplanten Aktivitäten zu besprechen und auch auf diese Weise nach Möglichkeit zu Ressourcenbündelungen und Synergieeffekten zu gelangen.

In der Regel werden im Rahmen der Beratungen des Ständigen Koordinierungsausschusses auch thematisch passende europäische Initiativen vorgestellt, sodass wertvolle Ergänzungen der nationalen Diskussion ermöglicht werden.

Arbeitsstab und Aktionskreis zum „Tag der Zahngesundheit“

Die nationale Pressekonferenz zum 17. „Tag der Zahngesundheit“, der offiziell jedes Jahr auf den 25. September terminiert ist, fand am 07. September 2007 in Berlin im Haus der Bundespressekonferenz statt. Das bundesweite Medienecho und die zahllosen lokalen und regionalen Begleitveranstaltungen in allen Bundesländern hierzu bewiesen aufs Neue, dass sich dieser „Gesundheitstag“ in Deutschland hervorragend etabliert hat.

Die in 2004 erstmalig eingerichtete eigene Webseite durch den „Verein für Zahnhygiene e.V.“ unter der Adresse www.Tag-der-Zahngesundheit.de leistete bzgl. der Verbreitung der grundsätzlichen Idee und des diesjährigen Mottos des Tags der Zahngesundheit einen zusätzlichen wichtigen Beitrag. Auch andere Kooperationspartner einschließlich der BVPG schalteten Informationen hierzu auf ihren Homepages. Anliegen des Tags der Zahngesundheit in 2007 war es, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf den Zusammenhang von demographischem Wandel und Mundgesundheit zu richten. Verdeutlicht wurde dies durch das **Motto: „Gesund beginnt im Mund – auch unsere Zähne leben länger!“**

Hiermit wurde die Botschaft transportiert, dass es bei diesem Thema nicht allein um mehr Lebensjahre, sondern auch um mehr Lebensqualität geht. Hinsichtlich der Mundgesundheit bedeutet dies, möglichst viele eigene Zähne auch in höherem Lebensalter zu erhalten und daneben funktionell hochwertigen Zahnersatz in stabilen, gesunden Mundstrukturen zu schaffen.

Wie in den Vorjahren, oblag der Bundesvereinigung die Moderation des Arbeitsstabes und des Aktionskreises zum „Tag der Zahngesundheit“, die zu Beginn des jeweiligen Jahres das Programm der bundesweiten Auftaktveranstaltung planen und für deren Umsetzung insgesamt verantwortlich zeichnen. Mitglieder des Aktionskreises sind die Spitzenverbände der Zahnärzteschaft, der gesetzlichen Krankenkassen, des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, der kommunalen Verwaltung sowie wissenschaftliche Gesellschaften, Verbände und Organisationen. Der Erfolg der Arbeit dieses Aktionsbündnisses wird nach wie vor durch die anhaltend positive epidemiologische Entwicklung der Daten zum Kariesbefall in Deutschland belegt, die weiterhin die von der WHO vorgegebenen Zielwerte erreicht bzw. in vielen Bundesländern bereits unterschritten haben.

Steuerungsgremium des Aktionsbündnisses Nichtrauchen (ABNR)

Das Steuerungsgremium des ABNR setzte sich in 2007 weiterhin aus dem Ärztlichen Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit e.V., der Bundesärztekammer, der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V., der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e.V., dem Deutschen Krebsforschungszentrum, der Deutschen Krebsgesellschaft e.V., der Deutschen Krebshilfe e.V., der Deutschen Lungenstiftung e.V. sowie (als Gast) dem Unternehmen Pfizer, Abt. Consumer Health Care, zusammen. Neu hinzu kamen die Deutsche Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin sowie die Deutsche Gesellschaft für Kardiologie. Der Ärztliche Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit hat seit 2003 die Geschäftsführung inne.

In seinem 2006 veröffentlichten und in 2007 aktualisierten „Positionspapier zur 16. Legislaturperiode 2005-2009“ definiert das ABNR die folgenden neun Handlungsfelder für eine wirksame Tabakkontrollpolitik:

1. Schutz vor Tabakrauch in Innenräumen,
2. Verbot der Tabakwerbung,
3. Erhöhung der Tabaksteuern und Einführung einer Präventionsabgabe,
4. Einschränkung des Angebots von Tabakprodukten,
5. Verbesserung des Jugendschutzes,
6. Verbesserung von Produktkontrolle und Verbraucherinformation,
7. Verbesserung der massenmedialen Prävention,
8. Ausbau von Beratung und Therapie sowie
9. Eindämmung des Schmuggels.

Internationale Aktivitäten wurden wie bisher über die WHO (Genf) und, im Zusammenhang mit der Framework Convention On Tobacco Control (FCTC), mit der Framework Convention Alliance/FCA* sowie über die beiden europäischen Netzwerke

* Die FCA ist ein Zusammenschluss von über 160 regierungsunabhängigen Organisationen aus aller Welt, die sich für die Erarbeitung einer starken Rahmenkonvention zur Tabakkontrolle und der dazu gehörenden Protokolle einsetzen.

ENSP (European Network for Smoking Prevention, Brüssel) und ENYPAT (European Network on Young People and Tobacco, Helsinki) transportiert.

Zum Weltnichtrauchertag am 31. Mai mit dem Motto **“Rauchfrei genießen”** wurde vom ABNR in einer von der Deutschen Krebshilfe organisierten Pressekonferenz am 29. Mai in Berlin nochmals die Forderung nach einer rauchfreien Gastronomie in Deutschland bekräftigt.

Die Gesundheitsorganisationen setzten sich erneut nachdrücklich dafür ein, sowohl die Gäste als auch die Angestellten in der Gastronomie wirksam vor den Gefahren des Passivrauchens zu schützen. Damit folgten sie einem aktuellen Aufruf der Welt-Gesundheitsorganisation (WHO).

Das zur Verbesserung der sachlich-konstruktiven und kontinuierlichen politischen Lobby-Arbeit für die Belange des Nichtraucher-schutzes und bzgl. flächendeckender sowie qualitätsgesicherter Hilfen zur Tabakentwöhnung für abhängige Raucherinnen und Raucher seit dem 01. Januar 2005 arbeitende „Netzwerkbüro Tabakprävention“ des ABNR in Berlin vertrat auch in 2007 die Interessen und politischen Forderungen des ABNR am Regierungssitz.

Die 5. Deutsche Konferenz für Tabakkontrolle wurde vom WHO-Kollaborationszentrum für Tabakkontrolle in Zusammenarbeit mit dem Aktionsbündnis Nichtrauchen am 05. und 06. Dezember 2007 wieder im Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg veranstaltet. Die Konferenz dient dem Erfahrungsaustausch über erfolgreiche Maßnahmen zur Verminderung des Tabakkonsums in Deutschland, der Förderung und Entwicklung zukünftiger Projekte und Konzepte und der Präsentation von Netzwerken und Koalitionen für rauchfreie Betriebe, Krankenhäuser, sonstige Einrichtungen und Aktionskreise. _Des Weiteren sollen länderspezifische Aktionen mit lokalen Aktionen verbunden werden. Hierzu werden dann erfolgreiche Modelle auf lokaler Ebene, auf Länderebene und aus Europa vorgestellt.

3. Projekte

Dritter Präventionskongress des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung

Laufzeit: 01.11.2006 bis 28.02.2007

Mit dem Thema „Bewegung im Alltag“ war für den 3. nationalen Präventionskongress ein Querschnittsthema gewählt worden. Im Vordergrund stand die Frage, wie Menschen motiviert werden können, täglich eine halbe Stunde körperliche Bewegung in den Alltag zu integrieren. 350 Expertinnen und Experten sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus verschiedenen Settings kamen zu diesem Kongress zusammen, um auf diese Frage gemeinsam folgende Antworten zu finden: Auf der Ebene der individuellen Ansprache wurde die Bedeutung möglichst niederschwelliger Angebote für Inaktive und für sozial Benachteiligte herausgestellt. Für die Ebene der Programmplanung wurde herausgestellt, dass konzertierte Aktionen zur Förderung der Motivation, zur Bewegungsförderung sowie zur Optimierung der Rahmenbedingungen nötig sind.

Geschäftsstelle des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung

Laufzeit: 01.06.2005 bis 31.12.2007

Im Jahr 2007 hat die BVPG die Leitung der Geschäftsstelle des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung (DFPG) fortgeführt, die sie zum 1. Juni 2005 vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) übernommen hatte. Die Mittel dafür wurden vom BMG aus dem Projektetat zur Verfügung gestellt.

In Absprache mit dem BMG stand 2007 die Fusion der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. mit dem DFPG als übergeordnete Aufgabe im Fokus. Ausführliche Informationen hält Punkt I.1. dazu bereit.

Leitfaden: Rauchfrei im Krankenhaus

Laufzeit: 01.07.2005 bis 30.06.2007

Mit dem bei der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. entwickelten Manual „Rauchfrei im Krankenhaus“ hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Ende 2004 eine Arbeitshilfe bereitgestellt, die möglichst viele Krankenhäuser unterstützen soll, den Weg in die „Rauchfreiheit“ zu gehen. Als Maßnahme der Qualitätssicherung wurde die Praktikabilität des Manuals im Rahmen eines bei der BVPG durchgeführten Modellprojektes überprüft. Am Ende der zweijährigen Projektlaufzeit konnten die Erfahrungen ausgewählter Krankenhäuser und Kliniken bei der praktischen Arbeit mit dem Manual ausgewertet und für eine Optimierung des Leitfadens genutzt werden.

Im Rahmen des Projektes wurden 40 Krankenhäuser und Kliniken als Modellkrankenhäuser ausgewählt, die sich aufgrund bestimmter Indikatoren für das Projekt besonders eigneten. Die Untersuchungsgruppe setzte sich aus 34 Allgemeinkrankenhäusern (inkl. sechs Universitätskliniken) und sechs Fachkliniken zusammen.

In einem ersten Vernetzungs-Workshop im Februar 2006 füllten Vertreter der Modellkrankenhäuser einen Selbsteinschätzungs-Fragebogen zum Ist-Zustand der Umsetzung des rauchfreien Krankenhauses aus. Die Ergebnisse dieser Befragung wurden den Projektkrankenhäusern in Form eines Rankings zusammen mit einer individuellen Kurzauswertung als Arbeitsgrundlage zur Verfügung gestellt. Im Verlauf der sich anschließenden Interventionsphase (Februar 2006 bis Februar 2007) wurden 20 der 40 Modellkrankenhäuser vom Projektbüro aktiv beim Umsetzungsprozess beraten und unterstützt. In Zusammenarbeit mit der Interventionsgruppe sowie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wurden im Projekt zahlreiche Medien zur Ergänzung des Manuals entwickelt (Logo, Aufkleber zur Ausweisung eines Rauchverbotes, Faltblatt, Poster, Tischaufsteller, etc.) und kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Im Verlauf des zweiten projektinternen Workshops im Februar 2007 hatten die Modellkrankenhäuser die Möglichkeit, sich über die Umsetzungserfolge des rauchfreien Krankenhauses auszutauschen. Eine Follow-up Befragung der Untersuchungsgruppe brachte Erkenntnisse darüber, welche Interventions- und Kontrollgruppe bei der Arbeit mit dem Manual im Längsschnitt (t=12 Monate) Erfolge verzeichnen konnte

und wie sich die unterschiedlich starke Unterstützung durch das Projekt auf den Zustand der Rauchfreiheit in den beiden Untersuchungsgruppen ausgewirkt hat.

Auf dieser Basis konnten Antworten auf die zentralen Fragestellungen im Projekt gefunden werden: Zum einen, ob der BZgA-Leitfaden „Rauchfrei im Krankenhaus“ in der Ausgabe von 2004 geeignet ist, um Krankenhäuser beim Umsetzungsprozess des rauchfreien Krankenhauses wirksam zu unterstützen. Dies konnte bestätigt werden. Zum anderen, inwieweit die Arbeit mit dem Leitfaden und somit auch der Umsetzungsprozess des rauchfreien Krankenhauses durch personale Begleitung optimiert wird. Hier konnten lediglich Erfolge im Bereich der Förderung des Rauchstopps abgebildet werden. Weiterhin interessierte die Fragestellung, ob das Manual durch begleitende Medien ergänzt werden kann – und wenn ja, durch welche. Besonders das Faltblatt „Rauchfreies Krankenhaus – Ein Gewinn für alle“ wurde insgesamt stark nachgefragt und mittlerweile in die „rauchfrei!-Reihe“ der BZgA übernommen.

Mit einer aktualisierten Version des Manuals „Rauchfrei im Krankenhaus“, in der neben Erkenntnissen des Projekts auch neue gesetzliche Regelungen aufgegriffen werden, ist voraussichtlich im Verlauf des Jahres 2008 zu rechnen.

Vorbereitung und Durchführung eines Workshops „Initiative zur Förderung des Nichtrauchens in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)“

Laufzeit: 01.02.2007 bis 30.06.2007

Gemeinsam mit verschiedenen im Bereich Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung in Unternehmen auf Bundesebene tätigen Akteuren wurde im Rahmen eines Workshops/Planungstreffens am 11. Juni 2007 im Bundesministerium für Gesundheit in Bonn erörtert, welche besonderen Maßnahmen zur Förderung des Nichtrauchens in KMU notwendig sind. Dabei wurde geklärt, welches Ziel durch eine gemeinsame, bundesweit koordinierte Maßnahme erreicht werden soll und welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Beteiligung an einer gemeinsamen Maßnahme die Akteure sehen.

Ein vorab bei der BVPG erarbeitetes Konzept zur Durchführung eines Wettbewerbs zur Förderung des Nichtrauchens in KMU wurde im Verlauf der Veranstaltung vorgestellt und von den Teilnehmern/-innen als Erfolg versprechend und unterstützungswürdig bewertet.

Das übergeordnete Ziel des Workshops, eine Initiative zur Förderung des Nichtrauchens in KMU unter Beteiligung möglichst vieler relevanter und bundesweit tätiger Akteure zu entwickeln, die dann in Form eines vom Bundesministerium für Gesundheit geförderten Projektes eine vereinheitlichte und zentral koordinierte Vorgehensweise ermöglicht, wurde somit erreicht. Eine Kooperationsplattform aus Vertreterinnen und Vertretern von über 20 Organisationen wurde gebildet.

Weltgesundheitstag 2007

Laufzeit: 01.01.2007 bis 31.12.2007

„Invest in health, build a safer future“ war das von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) vorgegebene internationale Motto des Weltgesundheitstages (WGT) 2007. Infektionskrankheiten und Epidemien, Naturkatastrophen und kriegsähnliche Konflikte sind in Industrieländern und in Entwicklungsländern sozial und ökonomisch von großer Bedeutung. Die damit verbundenen Gesundheitsgefahren für Menschen machen vor Ländergrenzen nicht halt, daher sind internationale Zusammenarbeit und größere Investitionen in Gesundheitsschutz nötig. Weltweit sollten mit dem Weltgesundheitstag 2007 alle Staaten aufgefordert werden, vorsorgende Maßnahmen zur Bewältigung von gesundheitsbedrohlichen Ereignissen, wie Seuchen und Naturkatastrophen, zu entwickeln oder zu optimieren.

In Deutschland stand der Weltgesundheitstag 2007 unter dem Motto „Gesund bleiben – sich vor Infektionskrankheiten schützen“. Schwerpunktartig wurden der Impfschutz, insbesondere die Förderung der Impfbereitschaft zur Schließung vorhandener Impflücken, sowie die AIDS-Prävention thematisiert.

Auf eine zentrale Eröffnungsveranstaltung zum Weltgesundheitstag wurde im Jahr 2007 verzichtet. Die Pressekonferenz zum Weltgesundheitstag 2007 mit der Bundesgesundheitsministerin fand am 29.03.2007 in Berlin statt. Im Rahmen des Projektes zum Weltgesundheitstag 2007 wurden Aktivitäten und Maßnahmen zu den beiden WGT-Themen auf Landes- oder Kommunalebene angeregt. Über diese Aktivitäten konnten sich die Kooperationspartner, wie beispielsweise die Landesvereinigungen, der ÖGD oder auch der Deutsche Städtetag auf der Internetseite www.weltgesundheitstag.de informieren. Dieses Angebot wurde rege wahrgenommen.

Das Motiv zum Weltgesundheitstag 2007 wurde für ein Informationsfaltblatt sowie für die Internetseite verwendet.



Motiv zum Weltgesundheitstag 2007
Gesund bleiben – sich vor Infektionskrankheiten schützen

Wissenstransfer zum rauchfreien Krankenhaus

Laufzeit 01.07.2007 bis 30.06.2008

Krankenhäuser nehmen als Einrichtungen des Gesundheitswesens eine herausragende Stellung bei der Umsetzung der neuen gesetzlichen Regelungen zum Nichtraucherschutz und der Förderung des Nichtrauchens ein. Das zweijährige BZgA-Modellprojekt „Leitfaden: Rauchfrei im Krankenhaus“, durchgeführt von der BVPG, lieferte im Ergebnis nicht nur eine Evaluation der Praxistauglichkeit des Manuals „Rauchfrei im Krankenhaus“, sondern auch umfassende Erkenntnisse zu Beispielen guter Praxis der Umsetzung des rauchfreien Krankenhauses.

Dieses Wissen soll im Rahmen des Folgeprojektes „Wissenstransfer zum rauchfreien Krankenhaus“ möglichst vielen mit der Umsetzung des rauchfreien Krankenhauses befassten Vertretern von Krankenhäusern zugänglich gemacht werden.

Zu diesem Zweck wird als zentrale Aufgabe des Projektes eine umfassende Multiplikatoren-Schulung entwickelt. Im Rahmen einer nationalen Konferenz „Das rauchfreie Krankenhaus – planen, umsetzen, leben“ am 19./20. Februar 2008 in Berlin wurde die Schulung bereits erstmalig angeboten. Die Konferenzorganisation und -durchführung sind als weitere Projektleistungen definiert und werden von der BVPG umgesetzt. Die Schulung zur Umsetzung des rauchfreien Krankenhauses wird im Nachgang der Konferenz bis zum 30.06.2008 noch zu vier weiteren Veranstaltungsterminen im Bundesgebiet angeboten werden können.

II. Jahresplanung 2008

1. Jahresarbeitsprogramm 2008

Das für die Aktivitäten im Institutionellen Bereich maßgebliche Jahresarbeitsprogramm 2008 wurde bereits zur außerordentlichen Mitgliederversammlung am 21. November 2007 in Berlin allen Mitgliedern vorgelegt, dort diskutiert und einstimmig angenommen. Schwerpunkt bei der Umsetzung des Programms ist nicht nur die Fortführung der Arbeitsgruppen, sondern auch eine konzeptgeleitete Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation.

2. Projekte

Weltgesundheitsstag 2008

Laufzeit: 01.01.2008 bis 30.04.2008

Die Weltgesundheitsorganisation fokussiert mit dem Weltgesundheitsstag 2008 das Thema „Klimawandel und Gesundheit“ („Protecting health from climate change“). Durch den globalen Klimawandel bedingte Naturkatastrophen oder auch die kontinuierlichen Veränderungen der Lebensbedingungen gefährden in nicht unerheblichem Maße die Existenz und Gesundheit vieler Menschen in der Welt. Die weltweite Klimaveränderung und die damit verbundenen Gesundheitsrisiken machen dabei eine intensivere Zusammenarbeit der Länder nötig. Mit dem Weltgesundheitsstag 2008 soll die internationale Gemeinschaft aufgefordert werden, tragfähige Lösungen für die durch den Klimawandel zukünftig verstärkt zu erwartenden Gesundheitsgefährdungen zu finden. Gleichzeitig erinnert die WHO am Weltgesundheitsstag 2008 an ihre eigene bereits 60-jährige Geschichte (1948-2008).

In Deutschland findet am 3. April 2008 in Berlin aus diesem Anlass eine zentrale Auftaktveranstaltung statt. Die Leistungen der WHO und die Leistungen Deutschlands für internationale Organisationen und bilateral – hier insbesondere in Entwicklungsländern – sowie der damit verbundene Nutzen für die Welt und für Deutschland sollen mit der Veranstaltung hervorgehoben werden. Im Hinblick auf die Gründung der WHO im Jahr 1948 soll daneben die Situation der gesundheitlichen Versorgung in Deutschland vor 60 Jahren dargestellt werden. Auch die neuen – und nur international zu bewältigenden – Herausforderungen durch den Klimawandel werden thematisiert werden.

Mit der Veranstaltung, die eine Pressekonferenz, diverse Plenarvorträge, eine Podiumsdiskussion und eine begleitende Fachaussstellung umfasst, sollen ca. 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, insbesondere Mitglieder humanitärer Organisationen und Jugendliche, die Interesse an einem humanitären Auslandseinsatz haben könnten, angesprochen werden. Informationen sind unter www.weltgesundheitsstag.de verfügbar.

Wettbewerb „Unser Betrieb macht rauchfrei!“ zur Förderung des Nichtrauchens in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)

Laufzeit: 01.01.2008 bis 30.06.2009

Gesetzliche Regelungen (ArbStättV § 5) verpflichten die Arbeitgeber in Deutschland seit vielen Jahren zum betrieblichen Nichtraucherschutz. Es kann aber gerade für die rund drei Millionen KMU bisher kaum gezeigt werden, wie weit die praktische Umsetzung der gesetzlichen Vorgabe vorangeschritten ist. Die betriebliche Förderung des Nichtrauchens ist in großen Unternehmen bereits als wichtige Aufgabe erkannt worden. Die KMU sollen angeregt werden, in diesem wichtigen Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung ebenfalls aktiver zu werden. Hierzu wird ab 01.01.2008 bei der BVPg das BMG-Modellprojekt: Wettbewerb „Unser Betrieb macht rauchfrei!“ zur Förderung des Nichtrauchens in kleinen und mittleren Unternehmen durchgeführt. Das Projekt wird von der BVPg in Zusammenarbeit mit einer Kooperationsplattform, bestehend aus relevanten Akteuren, die im Bereich Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung in Unternehmen auf Bundesebene tätig sind, umgesetzt.

Der bundesweite Wettbewerb „Unser Betrieb macht rauchfrei!“ richtet sich ausschließlich an KMU und motiviert zur betrieblichen Förderung des Nichtrauchens. Durch die Möglichkeit des Preisgewinns schafft er einen neuen Anreiz, den Rauchstopp unter den Beschäftigten zu fördern. Erstmals wird mit dem Wettbewerb dieses spezielle Thema der betrieblichen Gesundheitsförderung bundesweit allen KMU nahe gebracht. Hierzu werden im Projekt auch spezielle Informations- und Kommunikationsmedien für KMU konzipiert. Im Nachgang des Wettbewerbs sollen die Zugangswege zu den KMU diverser Branchen für das Thema betriebliche Gesundheitsförderung (hier: Förderung des Nichtrauchens) herausgefiltert und bewertet werden.

III. Anhang

1. Verzeichnis der Mitglieder

Ende 2007 gehörten der BVPG 18 Einzelmitglieder, vier Ehrenmitglieder und folgende 125 Institutionen an:

- Ärztekammer Nordrhein
- Ärztekammer Schleswig-Holstein
- Ärztekammer Westfalen-Lippe
- Ärztliche Gesellschaft zur Gesundheitsförderung der Frau e.V.
- Ärztlicher Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit e.V.
- Akademie für öffentliches Gesundheitswesen
- Aktion Gesunder Rücken e.V.
- AOK-Bundesverband
- Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schwesternverbände und Pflegeorganisationen e.V.
- Arbeitsgemeinschaft Freier Stillgruppen Bundesverband e.V.
- Arbeitskreis für Gesundheitspädagogik e.V.
- Arbeits- und Forschungsgemeinschaft für Atempflege e.V.
- AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
- BARMER Ersatzkasse
- Bayerische Landesärztekammer
- Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V.
- Berufsverband staatlich geprüfter Gymnastiklehrerinnen und -lehrer – Deutscher Gymnastikbund DGYMB e.V.
- Berufsverband Unabhängiger Gesundheitswissenschaftlicher YogalehrerInnen
- Biochemischer Bund Deutschlands e.V.
- BKK Bundesverband
- Bund Deutscher Hebammen e.V.
- Bundesärztekammer
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Heilmittelverbände e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Mehr Sicherheit für Kinder e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe von Menschen mit Behinderung und chronischer Erkrankung und ihren Angehörigen e.V.
- Bundesminister der Verteidigung
- Bundespsychotherapeutenkammer
- Bundesrepublik Deutschland vertreten durch das Bundesministerium für Gesundheit
- Bundesverband der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V.
- Bundesverband der landwirtschaftlichen Krankenkassen
- Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V.
- Bundesverband der Zahnärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes e.V.
- Bundesverband selbstständiger Physiotherapeuten – IFK e.V.
- Bundesverband staatlich anerkannter Berufsfachschulen für Gymnastik und Sport
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände
- Bundeszahnärztekammer – Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Zahnärztekammern e.V.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
- Deutsche AIDS-Hilfe e.V.
- Deutsche Akademie für Kinder- und Jugendmedizin e.V.
- Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.
- Deutsche Gesellschaft für Gesundheitsvorsorge e.V.
- Deutsche Gesellschaft für Prävention und

- Rehabilitation von Herz-Kreislaufkrankungen e.V.
- Deutsche Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention
- Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e.V.
- Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V.
- Deutsche Herzstiftung e.V.
- Deutsche Krebsgesellschaft e.V.
- Deutsche Rentenversicherung Bund
- Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See
- Deutsche Rheuma-Liga Bundesverband e.V.
- Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. - Bundesverband
- Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e. V.
- Deutscher Caritasverband e.V.
- Deutscher Heilbäderverband e.V.
- Deutscher LandFrauenverband e.V.
- Deutscher Olympischer Sportbund
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V.
- Deutscher Saunabund e.V.
- Deutscher Städtetag
- Deutscher Turner-Bund e.V.
- Deutscher Verband der Ergotherapeuten e.V.
- Deutscher Verband für Gesundheitssport und Sporttherapie e.V.
- Deutscher Verband für Physiotherapie – Zentralverband der Physiotherapeuten/Krankengymnasten (ZVK) e.V.
- Deutscher Verein für Gesundheitspflege e.V.
- Deutscher Verkehrssicherheitsrat e.V.
- Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.
- Deutsches Grünes Kreuz e.V.
- Deutsches Netz Gesundheitsfördernder Krankenhäuser gem. e.V.
- Deutsches Rotes Kreuz
- Fachverband Sucht e.V.
- Forum Gesunder Rücken – besser leben e.V.
- Freie und Hansestadt Hamburg – Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
- Freier Verband Deutscher Zahnärzte e.V.
- Gesellschaft der Lehrer/innen der F.M. Alexander-Technik e.V.
- Gesellschaft für Geburtsvorbereitung – Familienbildung und Frauengesundheit Bundesverband e.V.
- Gesellschaft für Sozialmedizin und Gesundheitsvorsorge e.V.
- GESOMED – Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung in der Medizin mbH
- Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland
- Gesundheit Berlin e.V.
- GesundheitsAkademie e.V.
- Gmünder Ersatzkasse
- Gütegemeinschaft Diät und Vollkost e.V.
- Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e.V.
- Hessen vertreten durch das Hessische Sozialministerium
- Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung e.V.
- IKK-Bundesverband
- Industriegewerkschaft Metall
- Informationskreis Mundhygiene und Ernährungsverhalten
- Kassenärztliche Bundesvereinigung
- Kaufmännische Krankenkasse
- Kneipp-Bund e.V.
- Landesärztekammer Baden-Württemberg

- Landesärztekammer Hessen
- Landesapothekerverband Baden-Württemberg e.V.
- LandesArbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Saarland e.V.
- Landesvereinigung für Gesundheit Bremen e.V.
- Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V.
- Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V.
- Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e.V. in Schleswig-Holstein
- Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg-Vorpommern e.V.
- Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e.V.
- Landeszentrale für Gesundheit in Bayern e.V.
- Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V.
- Malteser Werke gGmbH
- Marburger Bund - Verband der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte Deutschlands e. V. - Bundesverband
- Medusana Stiftung mbH
- Nationale Herz-Kreislauf-Konferenz
- Nordrhein-Westfalen vertreten durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
- pro familia - Bundesverband
- Saarland vertreten durch das Ministerium für Justiz, Gesundheit und Soziales
- Sächsische Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e.V.
- Sozialverband VdK Deutschland e.V.
- Sozial- und Arbeitsmedizinische Akademie Baden-Württemberg e.V.
- Verband der Angestellten-Krankenkassen e.V./Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e.V.
- Verband der Diätassistenten- VDD - Deutscher Bundesverband e.V.
- Verband der Oecotrophologen e.V.
- Verband der privaten Krankenversicherung e.V.
- Verband Physikalische Therapie – Vereinigung für die physiotherapeutischen Berufe (VPT) e.V.
- Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
- Verein für Zahnhygiene e.V.
- Women's Health Coalition e.V.
- Wort & Bild Verlag
- Zentralverband der Ärzte für Naturheilverfahren e.V.
- Zentrum für Gesundheit der Deutschen Sporthochschule Köln

2. Geschäftsstelle und Projektmitarbeiter/innen

Im Institutionellen Haushalt arbeiteten für die Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. 2007 folgende Personen:

- Dr. Uwe Prümel-Philippsen (Geschäftsführung)
- Dr. Beate Robertz-Grossmann (stv. Geschäftsführung)
- Bettina Bartoszak (Verwaltung)
- Jutta Beer (Verwaltung)

Im Projektbereich waren 2007 folgende Personen tätig:

- Bettina Bartoszak (Projekt „Geschäftsstelle des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung“)
- Jutta Beer (Projekt „Geschäftsstelle des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung“)
- Bettina Berg (Projekte „Geschäftsstelle des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung“ sowie „3. Präventionskongress zum Thema ‚Bewegung im Alltag‘“)

- Michaela Goecke (Modellprojekt zur Überprüfung der Praktikabilität des Leitfadens „Rauchfrei im Krankenhaus“ sowie Projekte „Weltgesundheitstag“, „Durchführung einer nationalen Konferenz „Wissenstransfer für rauchfreie Krankenhäuser“ und „Initiative zur Förderung des Nichtrauchens in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)“)
- Christoph Groß (Modellprojekt zur Überprüfung der Praktikabilität des Leitfadens „Rauchfrei im Krankenhaus“)
- Lena Meyer (studentische Hilfskraft)
- Martina Thelen (Projekt „Geschäftsstelle des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung“)
- Vanessa Wandt (studentische Hilfskraft)